

IN VIA KOFIZA Forderungskatalog Kontakt-, Förderungs-, und Integrationszentrum für außereuropäische Frauen und deren Familien

„**Wenn man die Frauen stärkt, stärkt man die ganze Gesellschaft**“ sagt ein afrikanisches Sprichwort – wir vom Frauenverband „IN VIA Katholische Mädchensozialarbeit“, Landesverband Bayern, arbeiten daran. Gerade auch mit unseren Angeboten für Migrantinnen. Warum? Weil wir an die Ressourcen und das Potenzial der zugewanderten Frauen glauben. Weil wir sie nicht auf ihre Hilfebürftigkeit reduzieren. Und weil wir wissen: Frauen mit Migrationserfahrung haben oft eine große Bereitschaft, sich auf die neue Heimat einzulassen. Hier, an der Motivation, sich selbst zu organisieren und aktiv zu handeln, setzen wir an. Partizipation ist unser Prinzip. Die Erfahrung aus über 20 Jahren erfolgreicher Integrationsarbeit von IN VIA KOFIZA gibt uns recht – und das Rüstzeug, für eine selbstbestimmte Teilhabe der Frauen zu kämpfen.

Denn ohne den Abbau rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Barrieren, ohne adäquaten Zugang zum Arbeitsmarkt und ohne gerechte Entlohnung wird unserer Ansicht nach eine selbstbestimmte Teilhabe der Frauen nicht möglich sein.

Der IN VIA Landesverband fordert daher die Entscheidungsträger und Politiker auf, sich für folgende Ziele einzusetzen:

1. Anerkennung der im Heimatland erworbenen beruflichen Qualifikation

Der IN VIA Landesverband fordert einen bundesweit gültigen Leitfaden, der die im Ausland erworbenen Qualifikationen berücksichtigt und deren Anerkennung in angemessener Zeit regelt.

Denn in dem im Heimatland erworbenen Beruf Fuß zu fassen, das ist gerade für Migrantinnen sehr schwer. Nach bundesweiten Zahlen arbeiten lediglich 16 Prozent der Zugewanderten überhaupt in ihrem erlernten Beruf (Quelle: ms-niedersachsen.de). Das bedeutet umgekehrt, dass die überwältigende Mehrheit nicht ihrer Qualifikation entsprechend und damit an der falschen Stelle eingesetzt wird.

Darum muss die Anerkennung bereits erworbener Abschlüsse neu geregelt werden. Es geht nicht an, bestehende Qualifikationen generell in Frage zu stellen und damit eine entsprechende Berufstätigkeit zu erschweren oder gar zu verhindern. Integration funktioniert auch durch Wertschätzung der Arbeit.

2. Sicherung gerechter Entlohnung und guter Beratung

Der IN VIA Landesverband fordert eine gerechte Bezahlung für die Arbeit von Migrantinnen und qualifizierte Beratungsangebote.

Denn zugewanderte Frauen finden oft nur eine Beschäftigung in schlecht bezahlten Dienstleistungsbereichen (z.B. Pflege, Erziehung, Reinigung, Gastronomie). Eine eigene Existenzsicherung ist damit nicht möglich.

IN VIA
Katholische
Mädchensozialarbeit
Landesverband Bayern e. V.

Lessingstr. 3
80336 München
Fon 089 54497-230
Fax 089 54497-232

www.invia-bayern.de
rita.schulz@invia-bayern.de
info@invia-bayern.de

Mitglied des
Internationalen Verbandes
ACISJF – IN VIA



Fachverband im
Deutschen
Caritasverband

LIGA BANK München
BLZ 750 903 00
Konto 2144123

IBAN: DE75 7509 0300 0002 1441 23
BIC: GENODEF1M05

Darum müssen flächendeckend in allen Bereichen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, Mindestlöhne eingeführt werden.

Gleichzeitig brauchen Frauen, die sich in die Selbstständigkeit trauen, entsprechende Beratungs- und Mentoringangebote sowie Zugang zu fairen Finanzdienstleistungen. Wichtig ist die Förderung von Netzwerken für eine gegenseitige Unterstützung.

3. Stärkung der Elternkompetenz

Der IN VIA Landesverband fordert eine strukturell verankerte Förderung von Migrantinnen und Befähigungsinitiativen als notwendige Ergänzung zu den gesetzlich verordneten Integrationskursen.

Denn Integrationskurse vermitteln zwar Sprachkenntnisse und einige Informationen über Deutschland. Doch Migrantinnen Mütter benötigen mehr: Z.B. Informationen über das deutsche Schulsystem und über Fördermöglichkeiten. Eine (Selbsthilfe-)Gruppe mit vertrauensvoller Atmosphäre hilft, Not (Gewalterfahrung, Heimweh, Krisen) auszusprechen und zu überwinden. Denn Frauen sind die Schlüsselpersonen bei der Integration ihrer Familien. Durch Familienarbeit, Kindererziehung und soziale Vernetzung leisten sie einen wichtigen Beitrag für einen erfolgreichen Integrationsprozess. Wenn Migrantinnen diese besondere Verantwortung übernehmen, dürfen sie dabei nicht alleine gelassen werden.

Darum sind beispielsweise gezielte Informationen über das bayerische Schulsystem von Nöten, damit die Schullaufbahn der Kinder nicht am unverschuldet mangelhaften Kenntnisstand der Mütter scheitert. Maßnahmen, wie das Netzwerk der Selbsthilfegruppen von IN VIA KOFIZA sind längst fachlich anerkannt und geschätzt, benötigen aber auch eine gesicherte Finanzierung.

4. Öffentlichkeit herstellen

Der IN VIA Landesverband fordert die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle – als ersten Schritt zur politischen Partizipation.

Denn Zuwanderinnen führen oft ein regelrechtes „Schattendasein“. Sie sind in Politik und Gesellschaft nicht präsent.

Darum braucht es eine neue Sichtweise: Migrantinnen dürfen nicht länger übersehen oder klischeehaft als „unbekannte Größe“ und Anhängsel ihrer hier arbeitenden Männer wahrgenommen werden. Ihre politische Beteiligung auf verschiedenen Ebenen ist ein wichtiger Indikator für die Integration und Identifikation.

5. Schaffung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts

Der IN VIA Landesverband fordert ein eigenes Aufenthaltsrecht für zugewanderte Frauen.

Denn Migrantinnen sind durch einen oft nicht gesicherten Aufenthaltsstatus abhängig von ihren Ehemännern. Das macht sie erpressbar.

Darum fordert der IN VIA Landesverband den Gesetzgeber auf, § 31 Abs 1 Nr. 1 AufenthG nicht anzutasten, es sei denn, die Ehebestandszeit von derzeit 2 Jahren soll weiter verkürzt oder völlig abgeschafft werden. Migrantinnen benötigen frühe Informationen über wichtige Rechtspositionen. Nur so wird eine selbstbestimmte Lebensplanung und Neuorientierung möglich.

Stand: 25. November 2010